Nationales Begleitgremium
FÜR EIN FAIRES VERFAHREN

13.04.2022

Protokoll

61. Sitzung des Nationalen Begleitgremiums

12. April 2022

Ort: Videokonferenz mit Livestream-Übertragung

Zeit: 11:00 – 17:00 Uhr

Teilnehmende:

Mitglieder des Nationalen Begleitgremiums (NBG)

Dr. Günther Beckstein, Klaus Brunsmeier, Dr. Dr. h.c. Markus Dröge, Marion Durst, Tobias Flieger, Prof. Dr. Rainer Grießhammer, Prof. Dr. Armin Grunwald, Jo Leinen, Annette Lindackers (entschuldigt), Dr. habil. Monika C.M. Müller, Prof. Dr. Werner Rühm, Prof. Dr. Dr. h.c. Roland Sauerbrey, Prof. Dr. Maria-Theresia Schafmeister, Prof. Dr. Magdalena Scheck-Wenderoth, Prof. Dr. Miranda Schreurs, Arnjo Sittig, Jorina Suckow, Dr. Manfred Suddendorf

Geschäftsstelle

Laura Adam, Na Becker, Aygül Cizmecioglu, Jessica Doherr, Hans Hagedorn, Yasmine Kühl, Venio Quinque, Dr. Claudia Strobl, Dr. Stefan Banzhaf

*Vertreter*innen der Institutionen*

BASE: Maike Weißpflug, Maik Schilling,
BGE: Dr. Christoph Löwer, Dagmar Dehmer, Ivonne Damaschke, Stefan Studt

Eingeladene Gäste:

Dr. Klaus Wiener, (MdB, CDU/CSU-Fraktion)
Dr. Christian Bücker (NBG Sachverständiger)
Prof. Dr. Jan Behrmann (NBG Sachverständiger)
Prof. Dr. Michael Kühn (NBG Sachverständiger)
Dr. Jürgen Grötsch (NBG Sachverständiger)
Prof. Dr. Michael Weber (NBG Sachverständiger)

Leitung der Sitzung:

Prof. Dr. Miranda Schreurs

TOP 1

Begrüßung durch Miranda Schreurs
Bericht aus der internen Sitzung

Miranda Schreurs begrüßt die Teilnehmenden und Gäste und Herrn Dr. Klaus Wiener, MdB der als geladener Gast an der Sitzung teilnimmt.

Themen aus der internen Sitzung:

-Treffen des NBG mit der Bundesumweltministerin Steffi Lemke. Das NBG möchte seine Arbeit vorstellen und auch die Prioritäten der neuen Bundesregierung kennenlernen.

-Einladung des NBG in den Umweltausschuss, gemeinsam mit BASE und BGE. Dort geht es um die Relevanz der Öffentlichkeitsbeteiligung.

-Man plant eine Akteneinsicht beim BASE vorzunehmen und wird dem BASE noch Details mitteilen.

-Nachbereitung Akteneinsicht bei der BGE. Wohl wissend, dass Vertraulichkeit gegenüber der BGE einzuhalten ist.

TOP 2

NBG-Veranstaltungen, initiiert durch die Fachgruppe I Öffentlichkeitsbeteiligung (Information; Diskussion; FG I, Monika C. M. Müller)

Monika C. M. Müller erläutert die bevorstehenden NBG-Veranstaltungen, die von der Fachgruppe I initiiert wurden. Neben den im Mai 2022 stattfindenden Veranstaltungen „Was geht die Kirchen die Endlagersuche an“ und „Rückblick: Wie lief das 1. Forum Endlagersuche?“ sind für September 2022 eine Veranstaltung mit den Kommunen und für Dezember 2022 eine Veranstaltung zu „Wissenschaftsbasiert und partizipativ – wie passt das zusammen?“ geplant.

Ergänzend erläutert Monika C. M. Müller, dass in der internen Sitzung besprochen wurde, dass die für den 31. Mai 2022 geplante Veranstaltung der Fachgruppe II mit den Staatlichen Geologischen Diensten als eigene NBG-Session in das Forum Endlagersuche am 20. Mai 2022 integriert werden soll.

TOP 3

Auswertung Online-Gespräch mit dem Bundesumweltministerium (BMUV) zu Berufungsverfahren der NBG-Mitglieder

(Information; Diskussion; Jorina Suckow)

Am 17.3.2022 fand ein Online-Gespräch des BMUV mit Vertreterinnen des NBG, des Beratungsnetzwerks, der beteiligten Gutachter und Dienstleister zur Auswertung und Vorbereitung der Berufungsverfahren statt. Kernthemen der Diskussion waren:

a) Gleichbehandlung bei der Wahl der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Bürger:innen im NBG

b) Asynchronität der individuellen Berufungszeiträume / mögliche Umstellung auf gemeinsame Arbeitsperioden für das gesamte Gremium
c) Orientierungshinweise an die Auswahlgremien
d) Evaluation des NBG und der Zusammenarbeit der Akteure nach StandAG
e) Einarbeitung neuer Mitglieder
f) Zukünftige Arbeit des Beratungsnetzwerks

Für die Punkte a + b wird das BMUV den Austausch mit den Berichterstattern im Bundestag und dem NBG suchen. Die Punkte c + d sind zwischen NBG und BMUV zu klären. Die Themen e + f adressieren sich an das NBG. Es wurde vereinbart, dass die Beteiligten bis Mitte Mai erste Klärungen herbeiführen und sich darüber Feedback geben. Das BMUV wird dafür auf das NBG zukommen.

Das NBG bittet die Geschäftsstelle, die weiteren Schritte zu koordinieren.

TOP 4

Auswirkungen der neuen weltpolitischen Lage auf das Standortauswahlverfahren (Diskussion; Miranda Schreurs)

TOP 5

„Atomanlagen in Kriegszeiten in Europa“ (Diskussion; Klaus Brunsmeier)

Die TOPs 4 und 5 wurden zusammengelegt.

Im gut einstündigen Diskussionsverlauf konkurrieren die beiden Prioritäten „militärische Sicherheit AKWs und oberirdischer Zwischenlagerung“ und „Versorgungssicherheit des Industriestandortes Deutschland“. Da auf Basis dessen zwischen den beiden Themen gesprungen wird, sind die TOPs sinnwahrend zusammengefasst.

Die erschreckende Lage in der Ukraine erstreckt sich Ko-Vorsitzende Miranda Schreurs zufolge auch auf die Sicherheitslage der deutschen Atomkraftwerke und die zwischengelagerten Abfälle. Sie stellt fest und kritisiert, dass die derzeitige gefährdete Sicherheitslage durch die russische Bedrohung nicht früher antizipiert wurde. Auch für das NBG bringen die offenen Zukunftsfragen um die politische Stabilität Deutschlands erhebliche (energiepolitische als auch standortrelevante) Veränderungen. Frau Schreurs richtet an Herrn Dr. Klaus Wiener (CDU) die Frage, welche politischen Maßnahmen im Umweltausschuss getroffen werden, um besser vorbereitet zu sein für die politisch weniger stabile Zukunft Deutschlands.

Dr. Klaus Wiener führt aus, das Wort von der „Zäsur“ und der „Zeitenwende“ sei hier nicht untertrieben. Nach dem Fall der Mauer habe man in Deutschland gehofft, eine dauerhafte Friedensdividende zu haben, die uns die Fokussierung auf andere Themen erlaubt habe. Dies sei nun alles in Frage gestellt. Mit dem Vorgehen Russlands werde man nun langfristig eine völlig neue internationale Ordnung bekommen mit Russland auf der einen Seite und einer offenen Position der bevölkerungsreichsten Länder China und Indien. Diese veränderte Ordnung habe nun Auswirkungen auf die energiepolitische Lage Deutschlands, sie bedeute auf kurze und mittelfristige Sicht sowohl für die Bundesrepublik als auch für Europa eine enorme Herausforderung. Der notwendige Ausbau der Erneuerbaren Energien auf noch 80% (Gesamtstrombedarf wachsend) stelle langfristig eine Herkulesaufgabe dar, kurzfristige Versorgungsoptionen verursachten indes verschiedene Dilemmata. So erzeuge eine der derzeitigen Maßnahmen, die Beschaffung von Steinkohle und Öl aus anderen Regionen, Nachteile für das Erreichen deutscher Emissionsziele. Dr. Wiener habe daher

bereits in einer Bundestagsrede gefordert, im Zuge der neuen Entwicklungen alle Optionen der Energiegewinnung, dies hieße im Notfall auch Laufzeitverlängerungen der drei bestehenden AKWs, ergebnisoffen zu prüfen.

Dr. Wiener widerspricht der derzeit kursierenden Bewertung um Sicherheitsbedenken, Personal und der Beschaffung von Brennstäben. Mehrere bilaterale Gespräche mit Betreibern von AKWs zur Sicherheit, Beschaffung von Brennelementen und kolportiertem Personalmangel hätten die Einschätzung, der zufolge ein Weiterbetrieb derzeit nicht möglich sei, nicht bestätigt.

Man müsse und könne Dr. Wiener zufolge daher nun aufgrund der neuen geopolitischen Lage in zwei Zeitphasen planen: Mit Priorität 1 gelte es, die Erneuerbaren Energien in Europa auszubauen („alles tun, um das zu unterstützen"), aber, so bedauerlich das sein möge, in den nächsten zehn Jahren müssten alle Alternativen, d.h. auch Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen, auf den Tisch.

NBG-Mitglied Prof. Dr. Magdalena Scheck-Wenderoth zeigt sich skeptisch und führt ins Feld, dass weitere Energiegewinnungsoptionen wie Geothermie bisher unberücksichtigt geblieben sind.

NBG-Mitglied Klaus Brunsmeier verweist auf seine Kommissionszugehörigkeit (Kommission für die Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe 2014-2016) und auf den breiten überparteilichen Konsens bezüglich des Atomausstieg bis 2022, welcher bekanntlich die politische Grundlage für die Standortsuche darstelle. Er wolle nochmals dafür werben, an diesem auch inhaltlich gut begründeten Konsens festzuhalten. Dr. Wiener betont daraufhin, sein Fokus liege klar auf der energiepolitischen Zukunft Deutschlands durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Aber der Industriestandort Deutschlands brauche durch dieses „Tal der Tränen" Energieversorgungssicherheit. Den politischen Ausstiegskonsens 2011 stelle er nicht in Frage, allerdings gelte es auch zu bedenken, dass bilateral konsultierte Vertreter*innen der Jungen Union als auch ältere Parteimitglieder heute in Teilen zu neuen Einschätzungen hinsichtlich der Atomkraft kämen.

NBG-Mitglied Jorina Suckow verweist auf das jahrzehntelange politische Ringen um den Aus- und Wiedereinstieg aus der Atomkraft. Eine erneute Wiedereinstiegsdiskussion und Kehrtwende sei nicht nur aus Sicherheitsrisiken und neu hinzukommenden militärischen Risiken nicht ratsam, sondern werde darüber hinaus in dieser Phase die Standortsuche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfallstoffe erheblich belasten. Der Zusammenhang zur Endlagersuche, deren politische Grundlage der endgültige Ausstieg aus der Kernenergie sei, dürfe nicht ignoriert werden.

Dr. Wiener stellt klar, dass seine Einschätzungen in keiner Weise Teil einer neuen Wiedereinstiegsdiskussion sein sollen, persönlich schließe er auch den Bau neuer Anlagen kategorisch aus, man müsse aber jetzt pragmatisch denken (politische Instabilität in Deutschland bei Blackouts, nach Arbeitsplatzverlusten usw.), und da sei die Laufzeitverlängerung eben eine mögliche Option, zumal der ja nach wie vor bestehende Weiterbetrieb der Anlagen dank fortlaufender Sicherheitsprüfungen (Landesebene) aus Sicherheitsgründen problemlos möglich sei.

Dagmar Dehmer (BGE) fügt der „politischen Kosten-Nutzen-Rechnung" analog zu NBG-Mitglied Jorina Suckow und NBG-Mitglied Klaus Brunsmeier hinzu, wie schwer die Endlagersuche in der interessierten Öffentlichkeit ihrer Erfahrung nach bei einer parallelen Debatte um Laufzeitverlängerungen oder gar um Wiedereinstieg würde. Der

zugrundeliegende Konsens laute „Dies ist das letzte Kapitel der Atomenergie“. Es gehe dabei nicht um Mengen, sondern um den symbolischen Gehalt des Weiterbetriebs.

NBG-Mitglied Dr. Rainer Grießhammer führt aus, was Laufzeitverlängerungen der AKWs im Hinblick auf die Neu-Überprüfung der Sicherheitskriterien (Neuorganisation der Genehmigungsverfahren, der Brennelemente u.v.m.) administrativ-regulatorisch als auch in praktisch-strategischer Hinsicht in Gestalt notwendig werdender Abregelung der Erneuerbaren Energien aus den Stromsystemen bedeuten würde. Er warne zudem vor juristischen Klagen gegen AKW-Weiterbetriebe vor Ort. Diese Konkurrenzsituation und Anforderungen zusammengenommen erfordere eine Aufwandsabwägung, an deren Ende die Empfehlung hervorkommen müsse, statt in Laufzeitverlängerungen in Erneuerbaren Energien zu investieren. Dr. Wiener verweist auf die historische Erfahrung von Inflation und Arbeitsplatzverlusten im Zuge des Öl-Embargos 1973 (Akzeptanz in der Bevölkerung) und warnt sogar vor einer denkbaren in diesem Szenario gefährdeten Finanzierungslage für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der „Aufwand“ für den Weiterbetrieb sei in Rücksprache mit den Betreibern überschaubar, der Klimawandel als globales Problem erfordere über den Zeitraum von 12 Monaten hinaus ergebnisoffen Versorgungswege zu eruieren, welche für die nächsten 10 Jahre unseren Emissionsreduktionszielen – anders als bei der derzeitigen Verbrennung von Öl und Kohle – zuträglich seien.

NBG-Mitglied Prof. Dr. Magdalena Scheck-Wenderoth greift das Thema von Dr. Wiener (Laufzeitverlängerung) im Hinblick auf die militärische Sicherheit Deutschlands auf und stellt klar, das NBG habe die Aufgabe und dürfe nicht versäumen, den Blick der Politik weiterzulenken als nur auf die Frage, woher der Strom komme. Im neuen geopolitischen Kontext müsse es darum gehen, oberirdische nukleare Sicherheit in Gestalt der zwischengelagerten Abfälle in Deutschland als Thema über die Endlagerungsfrage hinaus zu verankern. Dr. Wiener führt aus, dass seiner Ansicht nach zum gegenwärtigen Zeitpunkt das sicherheitsrelevante Szenario „kriegerische Auseinandersetzungen auf europäischem, auf NATO-Boden“ nicht vorstellbar ist.

NBG-Ko-Vorsitzende Miranda Schreurs stellt abschließend fest, dass die bisherige Gesetzgebung im StandAG von politischer Stabilität ausging und hauptsächlich Sicherheitsfragen der Endlagerung abdeckt. Losgelöst davon müsse man in Deutschland und Europa darüber nachdenken, wie man die Ukraine bei Kapazitätsproblemen der Endlagerung in naher Zukunft unterstützen könne.

Frage von NBG-Mitglied Jo Leinen an Dr. Klaus Wiener: Wie kann das NBG weitere Parlamentarier über den Umweltausschuss hinaus erreichen, um beide TOPs in den politischen Prozess einzuspeisen? Das allgemeine Interesse an der Endlagersuche und der Energieversorgungssicherheit geht auch laut Dr. Klaus Wiener aufgrund der neuen weltpolitischen Lage durch den Russland-Ukraine-Krieg weit über den Umweltausschuss hinaus. Er weist auf den ohnehin im Zuge der Neuordnung der Ministerien neu ins Leben gerufenen Ausschuss für Energie und Klima hin. Weitere Berührungspunkte und gestiegenes Interesse sieht er aus den genannten Gründen im Wirtschaftsausschuss. Dr. Wiener ermutigt das NBG, über den Umweltausschuss hinaus auch den Wirtschafts-ausschuss im Bundestag anzusprechen und regt ein NBG-Diskussionsformat mit gezielt eingeladenen Gästen statt eines parlamentarischen Abends an, wo es den Parlamentarier*innen möglich sei, auch Fragen zu stellen.

TOP 6

Eindrücke von der Veranstaltungsreihe der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zur Methodenentwicklung (Information; alle NBG-Mitglieder)

Prinzipiell wird die Veranstaltungsreihe vom NBG positiv wahrgenommen. BGE und NBG sollten sich jedoch nicht gegenseitig Vorschläge zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung machen, hier sei das BASE zuständig. Zur Frage nach der Einschätzung der BGE zu den Auswirkungen der aktuellen weltpolitischen Entwicklungen auf die Atomkraft stellt Stefan Studt klar, dass der BGE selbst kein politisches Meinungsbildung zur geopolitischen Lage zustehe. Richtungsweisend für die aktuelle Konzepterstellung bleiben das Gesetz sowie die entsprechenden Verordnungen.

Für das BASE erinnert Maike Weißpflug an das aktuelle Beteiligungsformat Planungsteam Forum Endlagersuche, bei dem es gerade um die Knackpunkte der jetzigen Phase des Standortauswahlverfahrens in der Begleitung der Arbeit der BGE mbH gehe. Beim Forum Endlagersuche würde dies Thema sein. Seitens des NBG wird angemerkt, dass dies nicht die gesamte Öffentlichkeitsbeteiligung des BASE sein könne. Weiterhin wird eine Anfrage aus der Öffentlichkeit zur Verfügungstellung von Unterlagen durch das BASE angesprochen, die nur gegen eine höhere Gebühr erfolgen könne sowie die damit verbundene grundsätzliche Frage, welche Information das BASE aus Transparenzgründen nach außen geben würde und welche Anfragen nur gegen Gebühren herausgegeben würden. Maike Weißpflug sagt eine Antwort spätestens zur kommenden NBG-Sitzung im Mai zu.

TOP 7

Zwischenstand der laufenden Aufträge der NBG-Sachverständigen zur Methodenentwicklung der Bundesgesellschaft für Endlagerung BGE und zur Datenlage im Datenraum (Information; Diskussion; FG II Geologie & Grundlagendaten; Magdalena Scheck-Wenderoth)

TOP 8

Allgemeine Fragen des NBG an die Mitglieder der Sachverständigengruppe (Information; Diskussion; FG II Geologie & Grundlagendaten, Magdalena Scheck-Wenderoth)

Die TOPs 7 und 8 werden zusammengelegt.

Die fünf Sachverständigen des NBG Prof. Dr. Michael Weber, Prof. Dr, Michael Kühn, Dr. Jürgen Grötsch, Dr. Christian Bücker und Prof. Dr. Jan Behrmann stellen erste Ergebnisse ihrer laufenden Aufträge zur Methodenentwicklung der BGE zu den repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) sowie der Lage im Datenraum der BGE, in dem bisher unveröffentlichte geologische Daten eingestellt sind, vor. Weiterhin geben sie einen Ausblick auf die bis zur Abgabe der Gutachten im Juli 2022 noch zu sichtenden Themen. Zu den von den Sachverständigen identifizierten relevanten Themen zählen u.a. Bestand und Lieferung der geologischen Daten, Unsicherheiten bei Modellen und anderen einzelnen Parametern sowie deren Wechselwirkungen, die Auswirkungen der Wärmeentwicklung auf das Gestein im Umfeld des Endlagers und das Endlager selbst, die Aktualisierung des 100°C-Kriteriums durch die BGE, die weitere Entwicklung in den von der BGE gewählten Gebieten zur Methodenentwicklung, Schnittmengen von geowissenschaftlichen Abwägungskriterien und rvSU und die öffentliche Diskussion der Methodik.

Die Strukturierung der Methodik der BGE wird grundsätzlich positiv bewertet, es fehlen aber für ein geologisches Großprojekt übliche Elemente wie ein Entscheidungs- und ein Risikoregister. In diesem Zusammenhang wird auch darauf verwiesen, dass die Unsicherheiten für die Wirtsgesteine individuell zu bewerten seien. Bislang habe die BGE ihre Methode nicht überprüft und damit nachvollziehbar gemacht, das hätte bereits geschehen müssen. Die BGE würde bisher beschreibend arbeiten, eine Quantifizierbarkeit der Daten sei nicht gegeben. In diesem Zusammenhang wird die fehlende Auseinandersetzung der BGE mit der Fachöffentlichkeit bemängelt. Die Qualität der öffentlichen Vorstellung der Methodik durch die BGE wird eher schlecht bewertet. Aus Sicht der Sachverständigen wird viel Zeit mit Wiederholungen vertan, obwohl es gute und anschauliche Beispiele in den veröffentlichten Methodendokumenten geben würde. Das Forum Endlagersuche wäre eine Gelegenheit, dies nachzuholen. Die bisherige öffentliche Diskussion der rvSU wird mehr als Tätigkeitsbericht der BGE wahrgenommen. Wesentliche Fragen würden von der BGE nicht beantwortet und die diskutierten Ergebnisse entsprächen teils nicht dem Stand der Arbeiten bei der BGE. Die Sachverständigen sprechen sich dafür aus, möglichst schnell die in Kategorie D und C – und somit klar als ungeeignet – eingestuften Regionen auszuschließen und dies öffentlich zu kommunizieren. So könne sich die BGE auf die wesentlichen (Teil-)Untersuchungsräume konzentrieren. Die Zusammenarbeit auf Arbeitsebene mit der BGE beschreiben die Sachverständigen als sehr gut und würden sich dies auch auf Leitungsebene der BGE wünschen. Bemängelt wird die Zurverfügungstellung von zwei (Arbeits-)Versionen der insgesamt mehr als 800 Seiten langen Unterlagen zur Methodenentwicklung durch die BGE, ohne eine Version mit den erfolgten Änderungen. Bezüglich des Standes bei der Veröffentlichung der entscheidungserheblichen Daten durch die BGE sei eine deutliche Verbesserung gegenüber 2021 zu verzeichnen, alle Daten seien aber nach wie vor nicht veröffentlicht, dies beträfe hauptsächlich Bergwerksdaten. Die Datenrecherche der BGE sei bisher nicht umfassend genug. So seien z.B. Daten von Geothermiefirmen und der Deutschen Wissenschaftlichen Gesellschaft für nachhaltige Energieträger, Mobilität und Kohlenstoffkreisläufe e.V. (DGMK) bisher noch nicht berücksichtigt worden.

In der sich anschließenden Diskussion mit den NBG-Mitgliedern werden u.a. die nachfolgenden Punkte erörtert. Beim Vorliegen von überlagernden Wirtsgesteinen wird klargestellt, dass diese jeweils für sich betrachtet werden würden, grundsätzlich sei diese Anordnung aber nicht besser geeignet. Bei der erneuten Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien würde dies aber positiv bewertet werden. Bezüglich der bei den Staatlichen Geologischen Diensten (SGD) vorhandenen und auch von der BGE bereits genutzten geologischen 3D-Modelle wird erläutert, dass diese generell für andere Zwecke erstellt wurden und somit nur bedingt für die Suche nach einem möglichen Endlagerstandort geeignet seien. Die Frage, ob die Sachverständigen etwaige Zielvorgaben hinsichtlich einer praktikablen Umsetzung bei der Methodenentwicklung bei der BGE festgestellt hätten, wird abschlägig beantwortet: Eine bestimmte Menge an Kategorie A sei z.B. nicht vorgesehen. Eine zeitnahe Normierung des weiteren Verfahrens sei hingegen erforderlich. Nur so sei ein Vergleich innerhalb und insbesondere über alle Wirtsgesteine hinweg möglich. Der Umgang der BGE mit Gebieten ohne hinreichende Datenlage wird wiederholt diskutiert und als kritischer Punkt bezüglich der Verfahrensgerechtigkeit identifiziert. Hier zeigt sich, dass die BEG aus Sicht der Sachverständigen noch nicht hinreichend klar definiert habe, wie sie konkret mit diesen Gebieten verfahren will. Es sollte dazu beispielsweise anhand von Gebieten mit guter Datenlage ausgelotet werden, wie wenig der dort vorhandenen Daten ausreichen würden, um das gleiche Ergebnis wie unter Verwendung aller vorhandenen Daten zu erzielen. Dies

könne dann für Gebiete mit geringer Datendichte genutzt werden. Zunächst müsse allerdings von der BGE definiert werden, was „nicht hinreichend“ bedeute.

TOP 9

Austausch mit Vertretern*innen der BGE (Miranda Schreurs)

Für die BGE äußert sich Stefan Studt zum Verfahren insgesamt und zur vorangegangenen Diskussion mit den Sachverständigen. So sei die Endlagersuche ein einzigartiges Projekt, nicht nur aufgrund der Geologie, sondern auch aufgrund der umfänglichen Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der politischen Rahmenbedingungen wie z.B. der dreimaligen Befassung des Bundesgesetzgebers. Die Zugänge der NBG-Sachverständigen zu den Methodenunterlagen wolle die BGE noch technisch verbessern. Die gemachten Hinweise nehme er gerne mit. Auf der Grundlage des Standortauswahlgesetzes (StandAG) und seinen Verordnungen werden Untersuchungsräume und Kategorisierungen vorgenommen. Bezüglich der Teiluntersuchungsräume verweist er darauf, dass diese ein Hilfsmittel der BGE seien. Entscheidungen über Standorte werden jedoch vom Bundesgesetzgeber getroffen. Die BGE verstehe das Interesse von allen potentiell Betroffenen, möglichst früh über einen Ausschluss informiert zu werden. Die BGE habe mit der Methodenentwicklung zur rvSU einen Zwischenstand vorgestellt. Die Kritik der Sachverständigen an zwei Versionen der 800-Seiten Dokumente könne er nachvollziehen, jedoch sei dieses Vorgehen so mit dem NBG vereinbart worden. Stefan Studt stellt klar, dass es keine grundlegenden Änderungen zwischen dem Arbeitsstand, der an die Sachverständigen vorab versendet wurde und den veröffentlichten Dokumenten Ende März 2022 gab. Darüber hinaus sollten mit den öffentlichen – jeweils ortsbezogenen – Methodenvorstellungen bewusst eben nicht nur Fachleute, sondern insbesondere die regional Betroffenen angesprochen werden. Die Rückmeldungen an die BGE dazu seien positiv gewesen. Es würde aber immer schwieriger werden, in den kommenden Jahren die Balance zwischen Fach- und Bürgerinformation zu finden. Die repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) seien noch nirgendwo final durchgeführt worden, auch nicht in den vier Gebieten zur Methodenentwicklung. Zunächst solle die Methodik fertig entwickelt und am 27. Juni öffentlich und abschließend diskutiert werden. Das Problem der nicht hinreichenden Datenlage werde wohl hier und dort auftauchen, sei aber kein großflächiges Thema. Derzeit wird zum Umgang mit der nicht hinreichenden Datenlage ein Vorschlag seitens der BGE entwickelt, welcher bereits intern mit den Sachverständigen des NBG diskutiert wird. Dagmar Dehmer ergänzt, dass die BGE jeder Hauptveranstaltung eine Einführungsveranstaltung vorangestellt habe, weil immer neue Teilnehmer ohne Vorwissen dazu erwartet wurden. Zudem verweist sie auf verschiedene weitere Veranstaltungsformate der BGE, die auf die breite Öffentlichkeit abzielen. Allerdings habe die BGE vielleicht zu viel und zu detailliert für die allgemeine Öffentlichkeit gesprochen. Sie verweist dabei auf die Rolle als Vorhabenträgerin: Die BGE informiere nur und ermögliche Einstiege in die Diskussion. Hinsichtlich der Gebiete ohne hinreichende Datenlage gehe die BGE nicht davon aus, dass es um große Gebiete geht, es könne aber derzeit noch nicht quantifiziert werden. Auch wie der Umgang mit diesen Gebieten dann sein werde, könne die BGE noch nicht sagen. Bei der Anwendung der rvSU könne es sein, dass die Gebiete mehrfach bearbeitet werden müssten. Kategorie „A“ und „B“ Gebiete würden wohl nicht von Anfang an klar sein. Auf Nachfrage des NBG betont Stefan Studt, dass das Zielpublikum bei zukünftigen Veranstaltungen stetig vergrößert werden solle und die BGE auf größeres Interesse in der Zukunft hoffe. Bei den Veranstaltungen zur Methodenvorstellung habe die Teilnehmerzahl jeweils bei 150-200 gelegen. Zeitgleich mit der Veröffentlichung der Methodendokumente habe die BGE nun auch eine Suchfunktion auf der BGE-Homepage ergänzt. Darüber hinaus werden technische Verbesserungen bei der BGE weiterhin angestrebt. Im Übrigen wird die Möglichkeit der Akteneinsichtnahme

erweitert, indem auch ein Datenraum in Berlin installiert wird. Als eine weitere kontinuierliche Informationsquelle wird derzeit eine Infostelle für die Standortauswahl eingerichtet.

TOP 10

Fragen aus der Öffentlichkeit
(1:1 Transkription aus dem YouTube-Livestream
https://www.youtube.com/watch?v=uaNiE6al-I0 TC 5:24:20 – 5:39:50)

Von: Andreas Fox (Mitglied Planungsteam Forum Endlagersuche)
An: NBG
Thema: Forum Endlagersuche
Frage
Vielen Dank für diese spannende Diskussion, die auch für die vertretene Öffentlichkeit einen guten Einblick gegeben hat, was für eine Arbeit im Moment im NBG geleistet wird und was sie alles beauftragt haben über ihre Wissenschaftler. Ich fand es sehr interessant, dass es da eine große Schnittmenge gibt zwischen dem, was von den Wissenschaftlern als Probleme aufgezeigt wurden, und dem, was wir uns im Planungsteam des Forums Endlagersuche so an ersten Überlegungen zum Programm gemacht haben. An dieser Stelle kurz zu mir: Ja, ich bin Mitglied dieses Planungsteams Forum Endlagersuche. Es gibt eine Menge Schnittmengen und wir würden uns sehr freuen – in den vergangenen Sitzungen haben wir das auch schon angesprochen – wenn es zu diesen Synergieeffekten zwischen der Arbeit des NBG und des Planungsteams Forum Endlagersuche kommt. Da gibt es jetzt ganz viele tolle Ansätze – auch gerade ihre Überlegung, die sie referiert haben aus der internen Sitzung heute Morgen. Dass sie sich vorstellen können, diese gemeinsame Veranstaltung mit dem NBG, den Staatlichen Geologischen Diensten und der BGE möglicherweise im Rahmen des Forums Endlagersuche zu machen, also am 20.-21. Mai. Interessante Überlegung. Wir müssten dann in den nächsten Tagen, also schon morgen, darüber sprechen, wie wir das dann realisieren. Ich würde das sehr begrüßen, wenn das am Ende möglich wäre. Da ja ihre Wissenschaftler, wie wir das ja auch heute erlebt haben, einen ganz guten Einblick in die Unterlagen genommen haben. Zu überlegen wäre, ob das direkt am ersten Tag des Forums sein könnte, weil wir ja doch relativ viel Zeit brauchen. Das Zeitkorsett für diese Veranstaltung ist sehr eng – wir haben nur 1 ½ Tage für diese wichtige Veranstaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung. Wollen wir es direkt am ersten Tag machen oder ob es nicht eine gute Idee wäre, es am Vortag auf die Beine zu stellen. Es hängt ein bisschen davon ab, welchen Umfang es braucht, wie intensiv die Debatte sein wird und welchen Umfang man dafür veranschlagen muss. Aber grundsätzlich danke ich persönlich auch dafür, dass diese Überlegung aus ihren Reihen gekommen ist, eine Koppelung zur Programmarbeit des Forums herzustellen. Ich würde es auch sehr begrüßen, wenn dann am zweiten Tag des Forums Endlagersuche, die hier anwesenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch mit bereit wären, in den Arbeitsgruppen dort mit teilzunehmen, der Sache zu folgen und vor allem hier und da ihren Rat und ihre Kompetenz einbringen. Wir haben das vernommen: Die Unabhängigkeit des NBG spielt eine ganz wichtige Rolle, hat gute Gründe. Aber ich glaube, es spricht nichts dagegen, die Kompetenz an den einzelnen Sachfragen einzubringen aus der jeweiligen wissenschaftlichen Perspektive heraus. Das würde der Veranstaltung sehr nützen und die Diskussion auch vielfach in eine bessere Richtung treiben als wenn man nur im Allgemeinen verbleibt.

Vielleicht noch ein ganz kleiner Hinweis oder Bemerkung zum Thema Publikum. An wen richtet sich all das, was sie hier machen, was wir hier alle zusammen machen, was wir im Forum Endlagersuche machen? An wen richtet sich das? Richtet sich das an den Menschen, der auf dem Marktplatz von Wanne-Eickel den Infocontainer der BGE oder des BASE betritt? Ich glaube, an die richtet sich das nicht. Wir haben es zu tun mit einem vorinformierten, mit einem durchaus orientierten Publikum. Das Stichwort Betroffenheit spielt doch eine große Rolle. Das haben wir doch alle auch erlebt. Betroffenheit…Man ist benannt als Gebiet zur Methodenentwicklung und dann kommen auch die Leute, dann interessieren sie sich und dann gucken sie auch genauer, was tut sich da. Dann sind sie auch bereit, sich mit den Fragen auch genauer zu beschäftigen – auch wenn sie nicht alles sofort verstehen. Ich verstehe auch nicht alles und keiner von uns hier versteht gleich alles. Ich habe heute etwas mitbekommen zu den besonderen Formationen im Kristallin – monomorphe Gneise, glaube ich, waren das…Schöner neuer Begriff, nimmt man dann so mit. Dieses informierte, interessierte Publikum, das ist das, was hierherkommt. Und da sollte man sich keine Illusionen machen. Wir sind nicht die Veranstaltung, die jetzt grundständig die Menschen auf die Beine bringt in Bezug auf die Endlagersuche. Das sind wir nicht. Das kann keine dieser Veranstaltungen leisten und das sollte man auch niemandem vorgaukeln. Dankeschön!

Miranda Schreurs (Ko-Vorsitzende NBG)
Danke Andreas Fox für die Zeit, die du in das Planungsteam investierst. Wir haben zuvor darüber gesprochen, wieviel das Planungsteam macht und wie häufig ihr euch trifft und intensiv diskutiert. Wir wissen, was für eine große Aufgabe das ist. Der Vorschlag, den wir in der internen Sitzung besprochen haben ist, dass Monika Müller dich direkt kontaktiert, um die Details zur Organisation des NBG-Panels mit den Staatlichen Geologischen Diensten auf dem Forum Endlagesuche zu klären. Ich glaube, dass wird für alle hilfreich sein – auch für die BGE. Für die BGE ist es auch eine Herausforderung, wenn man neben dem NBG auch das Planungsteam als Ansprechpartner hat. Es ist teilweise gut und hilfreich, weil wir dann mehr Leute haben, die wir erreichen können. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass wir die Arbeit nicht verdoppeln, sondern uns sinnvoll ergänzen.

Ein weiterer Punkt, worauf wir achten müssen, ist, dass die Mitarbeiter*innen der Staatlichen Geologischen Dienste vermutlich eher tagsüber zur Verfügung stehen werden, als abends oder am Wochenende. Wir sollten das auf jeden Fall im Auge behalten. Ich werde Monika Müller bitten, sich diesbezüglich direkt mit dir auszutauschen.

Monika C. M. Müller (NBG-Mitglied)
Ich muss mich kurz zu Wort melden, weil ich ab morgen im Urlaub bin. Wir haben heute Morgen gesagt, dass Stefan Banzhaf und Claudia Strobl von der Geschäftsstelle sich mit Herrn Fox in Verbindung setzen, weil die die Kontakte zur BGE aufgenommen haben. Mit denen muss man das natürlich auch klären und mit den Staatlichen Geologischen Diensten.

Miranda Schreurs (Ko-Vorsitzende NBG)
In Richtung Andreas Fox: Es wäre hilfreich, wenn wir vom Planungsteam den Plan bekommen könnten, wie das Forum ablaufen wird. Damit wir klären können, wer aus dem NBG in welche Arbeitsgruppe geht.

Von: John Paul Adrian Glaubitz (Physiker) – YouTube-Chat
An: NBG
Thema: Laufzeitverlängerung der drei verbliebenen Kernkraftwerke
Frage
Warum ignoriert die Diskussionsrunde das Statement von Kerntechnik Deutschland,

welches dem Prüfvermerk des Bundesumweltministeriums und des Bundeswirtschaftsministeriums weitestgehend widerspricht. Man bezieht sich nur auf den Prüfvermerk, ignoriert aber die Fachleute, die diesem Prüfvermerk widersprochen haben. Warum?

Eine kurze Einordnung von der NBG-Geschäftsstelle
*Kerntechnik Deutschland e.V. ist hervorgegangen aus dem Deutschen Atomforum, einem Lobbyverband von Unternehmen und Institutionen, der sich für die nichtmilitärische Nutzung von Kernenergie einsetzte. 2019 fusionierte das Deutsche Atomforum und der Wirtschaftsverband Kernbrennstoff-Kreislauf und Kerntechnik zum neuen Lobbyverband Kerntechnik Deutschland. Der Verband ist also kein unabhängiger Zusammenschluss von Wissenschaftler*innen, sondern eine Interessensvertretung.*

Miranda Schreurs (Ko-Vorsitzende NBG)
Wir haben uns tatsächlich heute Morgen auf unserer internen Sitzung und am Nachmittag mit dem Bundestagsabgeordneten Klaus Wiener zu diesem Thema ausgetauscht. Wir als Nationales Begleitgremium sind sehr stark darauf fokussiert, was die Entwicklungen in der Ukraine für die Endlagersuche in Deutschland bedeuten könnten. Wo müssen wir unsere Sicherheitsfragen stärken und müssen wir die Energiewende in Deutschland nochmal neu denken? Viele im NBG sind der Meinung, dass es sehr problematisch für die Endlagersuche wird, wenn eine Entscheidung, die von allen Parteien getragen wurde, nun in Frage gestellt wird. Das würde das Vertrauen in das Verfahren beschädigen. Wir waren ziemlich offen heute in unserer Debatte, haben unterschiedliche Perspektiven gehört. Wir wollen Mitte Mai auf unserer Klausur weiter darüber sprechen, wie wir mit diesem Thema umgehen möchten.

TOP 11

Verschiedenes

./.

Protokoll: Laura Adam, Dr. Stefan Banzhaf, Aygül Cizmecioglu, Hans Hagedorn, Yasmine Kühl, Venio Quinque